

Gremium	Datum	Behandlung
Ausschuss für Schule, Jugend und Sport	30.06.2016	Ö
Hauptausschuss	12.09.2016	Ö
Stadtvertretung	26.09.2016	Ö

Verfasser:

FB/Az:

## Bericht der Verwaltung; hier: Vorbereitung der Einrichtung eines Migrationsbeirates

### Zusammenfassung:

#### Einrichtung eines Migrationsbeirates - Zwischenbericht

\_\_\_\_\_  
Bürgermeister

\_\_\_\_\_  
Verfasser

#### **elektronisch unterschrieben und freigegeben durch:**

Ralf Weindock am 13.06.2016

Bürgermeister Voß am 15.06.2016

### Sachverhalt:

Im Zuge der Entwicklung einer kommunalen Integrationsstrategie (s. TOP 9) hat sich der Thementisch „Partizipation & Eigenverantwortung“ mit der Frage befasst, in welcher Form Flüchtlinge in den städtischen Gremien Gehör finden könnten und wie Prozesse der Selbstorganisation und Selbsthilfe gezielt gefördert werden können.

#### **a) Partizipation**

Es wurden anhand von konkreten Beispielen verschiedene Möglichkeiten erörtert, die Partizipation von Flüchtlingen an den kommunalen Entscheidungsprozessen zu ermöglichen. Als Beispiele wurden der Integrationsbeirat der Stadt Mölln, der Migrations- und Integrationsbeirat der Stadt Bamberg und der Migrationsbeirat der Stadt Karlsruhe diskutiert. Diese Gremien sind trotz gleicher Zielrichtung jeweils sehr unterschiedlich ausgerichtet in ihrer Organisationsform, der Zusammensetzung und Mitwirkungsmöglichkeiten.

Im Verlauf der Diskussion wurde die Verwaltung gebeten, einen Vorschlag für einen Migrationsbeirat auf Basis des Modells aus Karlsruhe

(<https://web1.karlsruhe.de/Stadt/Stadtrecht/s-0-11.php>) zu entwickeln. Dort wird kein festes städtisches Gremium gewählt, sondern lediglich die „Mitwirkung sachkundiger Einwohner\*innen“ in den Ausschüssen des Gemeinderates festgelegt. Als „sachkundige Einwohner\*innen“ gelten Personen, die in ihrer Gruppe eine herausragende Stellung einnehmen, dort Vertrauen genießen und in Alltagsfragen angesprochen werden und Gehör finden. Sie sollen sich aufgrund ihrer beruflichen Tätigkeit oder ihres ehrenamtlichen Engagements dafür qualifizieren.

Das Wahlverfahren ist so gestaltet, dass die einzelnen Volksgruppen in der Stadt aufgerufen werden, jeweils zwei Wahlvorschläge zu benennen und beim Bürgermeister abzugeben. In einer öffentlichen Delegiertenversammlung wird daraus eine Wahlliste von 10 Personen samt Vertreter\*innen erstellt, die als „sachkundige Einwohner\*innen“ benannt werden sollen. Dabei sind bestimmte Wahlkategorien zu berücksichtigen, wie die möglichst breite Repräsentation aller Volksgruppen, das Geschlecht, das Alter, der Beruf oder die soziale Stellung.

Die Wahlliste wird anschließend vom Gemeinderat bestätigt. Die „sachkundigen Einwohner\*innen“ werden zu den Beratungen einzelner Angelegenheiten auf Anfrage des Gemeinderates hinzugezogen.

In der Diskussion wurde diese Form der Partizipation als sehr schlank, praktikabel und flexibel bewertet. Als sehr hilfreich gerade auch in Fragen von Integration wurde die Form der Vermittlung über Einzelpersonen mit einer prädestinierten Stellung in ihrer Volksgruppe gesehen. Als Vertrauenspersonen können sie Interessenslagen aus den einzelnen Volksgruppen kommunizieren, aber auch städtischen Vorhaben und Entscheidungen in die einzelnen Volksgruppen vermitteln.

Die Mitwirkenden am Thementisch „Partizipation & Eigenverantwortung“ haben zudem vorgeschlagen, dass dieses Konzept eines Migrationsbeirates ergänzt werden soll, um ein regelmäßig und verbindlich tagendes Forum, welches sich aus den „sachkundigen Einwohner\*innen“ und Vertreter\*innen der Kommunalpolitik und der Verwaltung zusammensetzt. Ebenso sollen die „sachkundigen Einwohner\*innen“ seitens der Verwaltung verbindlich miteinbezogen werden, wenn es um Belange geht, die ausländische Bürger betreffen. Auch Fortbildungen für „sachkundigen Einwohner\*innen“ sollen festgelegt werden, um mit den demokratischen Strukturen von kommunaler Selbstverwaltung vertraut werden zu können.

## **b) Eigenverantwortung**

Im weiteren Diskussionsverlauf wurde auch über die Möglichkeiten diskutiert, in der gemeinsamen Integrationsarbeit auch auf die Eigenverantwortung von Flüchtlingen und deren aktive Mithilfe zu setzen. Hierzu wurde festgehalten, dass eine Beteiligung von Flüchtlingen an dieser Arbeit zum Beispiel über die Möglichkeiten des „Bundesfreiwilligendienstes mit Flüchtlingsbezug“, für die sich die Stadt qualifiziert hat, möglich ist und dieser Weg konkret verfolgt werden soll. Weiterhin sollen Angebote der Fortbildung entwickelt, nachgefragt oder genutzt werden, in denen Geflüchtete mehr Kompetenzen erwerben können, um selbst als Helfer\*innen tätig sein zu können.

**Mitgezeichnet haben:**